



Mehr Spielraum für Kommunen bei Straßenausbaubeiträgen

Der Betrag, den die Bürger zum Straßenausbau leisten müssen, soll gedeckelt werden

Bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sollen Kommunen mehr Spielraum erhalten. Gemeinden sollen demnach selbst entscheiden, wie hoch der Eigenanteil an den Investitionskosten ist, sagte Innenminister Peter Huber (CDU) am Mittwoch. Übermäßige Belastungen der Bürger will er vermeiden.

Erfurt. Bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sollen Kommunen künftig mehr Spielraum erhalten. Die Gemeinden sollen demnach selbst entscheiden, wie hoch der kommunale Eigenanteil an den Investitionskosten ist, wie Innenminister Peter Huber (CDU) am Mittwoch in Erfurt sagte. Ein vom Kabinett beschlossenes Eckpunktepapier sehe dafür eine Spanne von zwischen 20 und 80 Prozent vor. Bislang war der kommunale Eigenanteil auf maximal 20 Prozent festgeschrieben, den restlichen Teil von mindestens 80 Prozent mussten die Grundstückseigentümer tragen.

Die neue Regelung gelte auch rückwirkend für die sogenannten Altfälle aus den 90er-Jahren, sagte Huber. Seit 1991 sind die Thüringer Gemeinden gesetzlich verpflichtet, Hauseigentümer am Ausbau angrenzender Straßen oder Wege zu beteiligen und eine entsprechende Satzung zu erlassen. 172 Kommunen kamen dem nicht nach. Diese Gemeinden haben nach Inkrafttreten des Gesetzes nun ein Jahr Zeit, um nachträglich Beiträge von den Hauseigentümern zu erheben.

Das Eckpunktepapier soll in der Sommerpause in einen Gesetzesentwurf umgewandelt werden. Nach der Kabinettsberatung im Herbst soll das Vorhaben im Dezember in den Landtag eingebracht werden.

Linke: "Verantwortung auf Gemeinden abgewälzt"

Angesichts der jahrelangen Auseinandersetzungen sprach Huber von einem fairen und vernünftigen Kompromiss. Ein kompletter Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sei nur in Ausnahmen möglich. Dies treffe beispielsweise zu, wenn die Kosten für den Verwaltungsaufwand die Beitragseinnahmen übersteigen würden, sagte Huber. Auch wenn die Kommune 80 Prozent der Kosten übernehmen wolle, müsse sie bestimmte Kriterien erfüllen. Sie dürfe beispielsweise nicht verschuldet sein.

Übermäßige Belastungen der Bürger sollen vermieden werden. Dazu soll die Höhe der von den Bürgern getragenen Straßenausbaubeiträge gedeckelt werden. Der erhobene Beitrag soll den Verkehrswert des Grundstücks nach Durchführung der Straßenausbaumaßnahme nicht überschreiten.

Die Linksfraktion bezeichnete die Pläne als einen "faulen Kompromiss auf den Schultern der Bürger". Es sei zu befürchten, dass aufgrund der desolaten Finanzlage in den Gemeinden und Städten nur im Ausnahmefall die Bürger von niedrigen Beitragssätzen profitieren würden, sagte Linke-Kommunalexperte Frank Kuschel. Die Landesregierung habe die Verantwortung erneut auf die Bürgermeister und Gemeinderäte abgewälzt.

Der Gemeinde- und Städtebund in Thüringen hätte sich nach eigenen Angaben eine stärkere finanzielle Beteiligung des Landes gewünscht. Die Kommunen seien ohnehin schon arg getroffen, sagte Verbandsgeschäftsführer Ralf Rusch. Von den 950 Gemeinden seien nur 100 schuldenfrei. Deshalb dürften von dem höchsten Eigenanteil von 80 Prozent nur wenige Kommunen Gebrauch machen.

30.06.2010